


QUELLEN	Macht und Ohnmacht / Aufstand und Revolution	SEK I Industrialisierung / Arbeiterbewegung / Kaiserreich SEK II Industrialisierung / Kaiserreich/ Modernisierung	 HAMBURG Geschichtsbuch
---------	--	---	---

## Polizeiberichte über die Gasthausüberwachung


### Politische Bespitzelung

1 Lediglich 8,7% der Bewohner Hamburgs – 34 000 von 390 000 – besaßen im Jahr 1875 das  
2 Bürgerrecht. Diese Zahl ging bis 1890 auf 28 000 zurück. Eine weitere Ungleichheit bestand  
3 darin, daß die Grundeigentümer (etwa 6000 Wähler im Jahr 1890) über je zwei Stimmen  
4 verfügten. Von den Bürgerschaftsmandaten der Jahre 1889 bis 1913 stellten Hamburger  
5 Unternehmer durchschnittlich 52,4%. Darüber hinaus konnte das Handelskapital in der  
6 Bürgerschaft aufgrund des besonders ausgeklügelten Wahlrechts (...) seine Machtposition bis  
7 zum Novemberumsturz 1918 behaupten. Der Senat setzte sich ebenfalls knapp zur Hälfte aus  
8 Kaufleuten und Unternehmern zusammen, von den übrigen waren die Mehrheit Juristen. Die  
9 Sozialdemokratie, ihre erstarkenden Gewerkschaftsverbände, ihre Genossenschaftsbewegung  
10 und ihre umfassende Durchdringung des Alltags der Arbeiter riefen politischen Widerstand  
11 hervor. Konservative Vereine und Zeitschriften arbeiteten gegen sie.

12 Katastrophen wie die Cholera, aber auch der Widerstand der Arbeiter gegen unmenschliche  
13 Arbeits- und Lebensbedingungen ließen die Konflikte aufflammen. (siehe Epoche  
14 Industrialisierung im Hamburg-Geschichtsbuch) Nach dem dreimonatigen Hafendarbeiterstreik  
15 von 1896 erreichten die politischen Unruhen 1906 in der Auseinandersetzung um den  
16 sogenannten Wahlrechtsraub einen erneuten Höhepunkt: Am 28. Februar 1906 beschloss die  
17 Hamburgische Bürgerschaft eine Verfassungsänderung, die einen Rückschritt zu einem  
18 Steuerzensus bedeutete. 1904 hatten die Sozialdemokraten in der Hamburgischen  
19 Bürgerschaft 13 Mandate errungen. Aus diesem Grund schlug der Senat am 15. Mai 1905  
20 eine Revision des Wahlrechts vor, um die Sozialdemokraten zurückzudrängen. Als am 17.  
21 Januar 1906 in der Hamburgischen Bürgerschaft die Debatte darüber stattfand, rief die SPD  
22 zu Protesten auf, die zu Streik und Krawallen führten. Trotz der Proteste beschloss die  
23 Bürgerschaft am 28. Februar 1906 die Wahlrechtsvorlage. Der Hamburger Senat stimmte im  
24 März zu, auch wenn die beiden Bürgermeister anders abstimmten. Nun waren 128 Sitze der  
25 Bürgerschaft für einkommensstarke Wähler reserviert.

26 Seit dem Sozialistengesetz hatte Hamburg einen Teil seiner Kriminalpolizei für politische  
27 Überwachung abgestellt. 1893 ließ der Senat durch die Polizei etliche Gaststätten ständig  
28 überwachen. Die Berichte allerdings sind oft sehr ähnlich und oft sehr ungenau.

29 Dennoch kann man sie als historische Quelle nutzen.

QUELLEN	Macht und Ohnmacht / Aufstand und Revolution	SEK I Industrialisierung / Arbeiterbewegung / Kaiserreich SEK II Industrialisierung / Kaiserreich/ Modernisierung	
---------	--	---	---

## Polizeiberichte über die Gasthausüberwachung

Quelle 1


31. Oktober 1898

1 Von 9.45 bis 10.45 Uhr wurde die Wirtschaft von Schweer, Rostocker Straße 9, besucht.  
2 Daselbst waren circa 14 Arbeiter anwesend, die an verschiedenen Tischen saßen, zum Teil  
3 Karten spielten und zum Teil sich unterhielten. Das Gespräch von einigen Arbeitern bezog  
4 sich unter anderem auch auf das Koalitionsrecht, indem ein Arbeiter sagte: «Den Angriff,  
5 welchen man gewillt ist, auf das Koalitionsrecht zu machen, könnte sich die Regierung  
6 ersparen, denn schon unter den heutigen Gesetzen ist den Gerichten ein so weiter Spielraum  
7 geboten, daß es wahrhaft keines neuen Gesetzesparagraphen bedarf, um die Arbeiter bei der  
8 Ausübung der ihnen durch das Gesetz gegebenen Rechte zu binden. Erst vor kurzer Zeit hat  
9 das Gericht wieder einmal ein Urteil, hergeführt durch den Tischlerstreik in der Süderstraße,  
10 gefällt, welches deutlich genug beweist, daß das Gericht sich den Teufel um das Recht der  
11 Arbeiter kümmert, wenn es heißt, der Sozialdemokratie einen Schlag zu versetzen. Solche  
12 Urteile sind nicht selten, denn jeder Streik hat Fälle aufzuweisen, wo Arbeiter, die in dem  
13 guten Glauben gehandelt haben, also im Sinne der ihnen durch die Gewerbeordnung  
14 anerkannten Rechte kämpften, aus diesem Anlaß mit hohen Gefängnisstrafen belegt wurden.»

15 Ein anderer Arbeiter sagte: «Unsere Gesetze sind sehr lückenhaft, denn der Richter hat soviel  
16 Anhaltspunkte, auf Grund deren er, wenn es ihm angemessen erscheint, jeden Angeklagten  
17 verurteilen kann. Wie sich die Sache zum Beispiel mit den Streikposten während des  
18 Tischlerstreiks verhielt, war es den Richtern eben nicht möglich, die Betreffenden auf Grund  
19 der Gewerbeordnung zu fassen; daher schafften sich die Richter einen Notparagraphen aus  
20 der Straßenordnung an, auf Grund dessen ja jeder Mensch verurteilt werden kann, der den  
21 Anordnungen von Polizeibeamten nicht nachkommt, auch wenn er zehnmal in seinem Rechte  
22 ist. Man kann aus diesem Fall zum Beispiel sehen, daß in unserem vielgepriesenen  
23 Rechtsstaat alles möglich ist. Was ein Gesetzesparagraph erlaubt, hebt der andere wieder auf,  
24 und überhaupt da, wo es gilt, die Arbeiter an ihrem Organisationswerk zu hindern, wird alles  
25 mögliche aufgeboten, um ihnen diese Arbeit zu erschweren.»

26 Ein dritter Arbeiter sagte: «Trotzdem der Regierung die Macht gegeben ist, durch die schon  
27 bestehenden Bestimmungen das Organisationswerk der Arbeiter zu beschränken, werden  
28 immer noch schärfere Gesetze geplant, die dem Arbeiter, der sich an einem Streik beteiligt  
29 und unbedachte Äußerungen gegenüber den Streikbrechern führt, ins Zuchthaus bringen  
30 sollen. In England wird selbst vom Gericht ein Streikbrecher für einen Verräter angesehen  
31 und bestraft. Hier aber will man solche Leute schützen, um eben dem Arbeitgeber die  
32 Möglichkeit zu geben, trotz eines Streiks ruhig weiter arbeiten zu können, damit ihm von  
33 seinem Kapital nichts abgemacht wird.»

34  
35 Bericht : Graumann, 31. Oktober 1898. Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (Signatur: S 2502-12).

QUELLEN	Macht und Ohnmacht / Aufstand und Revolution	SEK I Industrialisierung / Arbeiterbewegung / Kaiserreich SEK II Industrialisierung / Kaiserreich/ Modernisierung	 HAMBURG Geschichtsbuch
---------	--	---	--

## Polizeiberichte über die Gasthausüberwachung

### Quelle 2

7. März 1903


1 Von 9.55 bis 10.35 Uhr wurde die Wirtschaft von Ellerbrook, Hamburger Straße 134,  
2 besucht. Dasselbst waren circa 14 Arbeiter anwesend, die sich an verschiedenen Tischen  
3 unterhielten. Ein Arbeiter sagte: «Die Taktik der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf muß  
4 selbst von Leuten, die Gegner der Gewerkschaften sind, als eine geradezu musterhafte  
5 anerkannt werden, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß die Streiks von organisierten  
6 Arbeitern nicht mit der Erbitterung geführt werden als solche Streiks, wo die Arbeiter nicht  
7 organisiert sind und die Gewerkschaften keinen Einfluß auf diese Arbeiter haben. Das  
8 Gegenteil von dieser Tatsache behaupten natürlich die Unternehmer, was ja auch ganz  
9 erklärlich ist, weil sie recht gut wissen, daß eine gut organisierte Gewerkschaft unter allen  
10 Umständen ihre Forderungen durch einen Streik auszudrücken imstande ist. Was vielen  
11 Streiks Schaden bringt, ist, daß die Behörden in ganz ungerechter und unverantwortlicher  
12 Weise zugunsten der Unternehmer einschreiten und so den Kampf erschweren und eine  
13 Schlichtung schwebender Streitfragen systematisch verhindern. Durch das Eingreifen der  
14 Behörde in den wirtschaftlichen Kampf kommt es leider in den Reihen der organisierten  
15 Arbeiter auch vor, daß von dieser Stunde an Erbitterung unter die Arbeiter kommt und spielen  
16 sich dann eben solche Szenen ab wie im vergangenen Jahre während des Bauarbeiterstreiks.  
17 Die Schuld wird dann ja natürlich den Streikenden in die Schuhe geschoben und nicht der  
18 Behörde, die durch ihre Maßnahmen die Veranlassung dazu gab.»

19 Ein anderer Arbeiter sagte: «Die Erfahrung hat gelehrt, daß überall da, wo ein Einschreiten  
20 der Behörde während des wirtschaftlichen Kampfes nicht erfolgte, eine bedeutend ruhigere  
21 und raschere Beilegung der Differenzen erfolgte. Diese Tatsache ist nicht von den Arbeitern  
22 allein, sondern von maßgebenden Persönlichkeiten, den Gewerbe- und Fabrikinspektoren,  
23 festgestellt worden. Wie in Deutschland ja überhaupt alles, was die organisierten Arbeiter tun,  
24 staatsgefährlich ist, ist von Kennern im Ausland die deutsche Gewerkschaftsbewegung nur  
25 ein Urteil, und zwar das denkbar beste vorhanden. Leider muß es gesagt werden, daß die  
26 hochentwickelte deutsche Arbeiterschaft als ein Vorbild in der Welt dastehen könnte, wenn  
27 man in ihren Kreisen mehr Interesse der Gewerkschaftsbewegung entgegenbringen möchte.  
28 Kein Arbeiter dürfte außerhalb der Organisation stehen, dann würde die Lebenshaltung der  
29 deutschen Arbeiter eine bessere sein. Was die Taktik der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf  
30 anbelangt, so kann man nur der Meinung sein, daß sie nicht aus so unlauteren Motiven  
31 entspringt wie die der Unternehmerklasse, denn diese hat für die Arbeiter nichts übrig, das  
32 beweisen schon allein die häufigen Maßregelungen, welche an Arbeitern vorgenommen  
33 werden.»

34

35

36 Bericht Graumann, 7. März 1903. Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (Signatur: S 3930).

QUELLEN	Macht und Ohnmacht / Aufstand und Revolution	SEK I Industrialisierung / Arbeiterbewegung / Kaiserreich SEK II Industrialisierung / Kaiserreich/ Modernisierung	
---------	--	---	--

## Polizeiberichte über die Gasthausüberwachung

### Quelle 3


11. Juli 1903

1 Von 9.45 bis 10.30 Uhr wurde die Wirtschaft von v. Hacht, Brückenstraße Nr. 28, Parterre,  
2 besucht. Anwesend waren sieben Arbeiter, von denen einer folgendes sagte: «Die  
3 herrschenden Klassen geben sich die größte Mühe, die gesetzlichen Rechte der Arbeiter zu  
4 beschränken und ihre Ausstände zu ungesetzlichen Unternehmungen zu machen. Vor allen  
5 Dingen suchen sie, das Koalitionsrecht zu unterdrücken, um mit Hilfe der Polizei das  
6 Streikpostenstehen illusorisch zu machen. Mögen die herrschenden Klassen aber noch so viel  
7 dagegen tun wie sie wollen, es wird immer eine Unmöglichkeit bleiben, Leute, die einmal ihre  
8 Arbeit niedergelegt haben, diese zur Aufnahme derselben wieder zu zwingen. Man müßte  
9 schon, wenn dieses geschehen sollte, wieder zur Sklaverei zurückkehren. Dieses ist aber bei  
10 dem Umfange, den die Sozialdemokratie angenommen hat, nicht möglich, auch würde die  
11 bürgerliche Gesellschaft damit nicht einverstanden sein.»

12 Ein anderer sagte: «Die größten Feinde der Arbeiter sind nicht unter den herrschenden  
13 Klassen zu suchen, sondern unter den Arbeitern selbst, und dieses sind die Streikbrecher. So  
14 sehr sich die herrschenden Klassen auf ihre Macht, das ist Militär und Polizei, stützen können,  
15 so wird dieselbe doch illusorisch, sobald die Arbeiter eine gute Disziplin halten; und droht  
16 ihnen nur unter diesen Umständen eine Niederlage durch das Streikbrechertum. Das  
17 Streikbrechertum ist den Arbeitern vorläufig am gefährlichsten und muß gegen dieses am  
18 meisten gekämpft werden.»

19 Ein anderer sagte: «Man muß zugeben, daß das Streikbrechertum den Arbeitern jetzt am  
20 gefährlichsten ist, aber die Solidarität hat besonders in letzter Zeit ganz ungeheure Fortschritte  
21 gemacht. Was früher gang und gäbe war, Ausländer als Streikbrecher zu verwenden, ist jetzt  
22 bald unmöglich geworden, und die Italiener, die früher als fliegende Streikbrecherkolonnen  
23 umherzogen, sind durch die unermüdliche Arbeit der Organisationen soweit aufgeklärt  
24 worden, daß sie jetzt Streikbrecherdienst verweigern. Wenn die Fortschritte der Arbeiter  
25 gegen das Streikbrechertum noch einige Zeit so weitergehen, was ganz bestimmt zu erwarten  
26 ist, so ist dieses weniger als die Machtmittel der herrschenden Klassen zu fürchten.»

Bericht Hinz, 11. Juli 1903. Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (Signatur: S 3930).

QUELLEN	Macht und Ohnmacht / Aufstand und Revolution	SEK I Industrialisierung / Arbeiterbewegung / Kaiserreich SEK II Industrialisierung / Kaiserreich/ Modernisierung	 HAMBURG Geschichtsbuch
---------	--	---	---

## Polizeiberichte über die Gasthausüberwachung

Quelle 4

25. Mai 1909

1 Von 8.15 bis 8.45 Uhr besuchte ich die Wirtschaft von Appelhoff, Schwabenstraße Nr. 54. In  
2 dieser waren zur Zeit sechs Arbeiter anwesend, welche sich über die Nachteile unterhielten,  
3 die durch die Streiks für die Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer entstehen. Darüber sagte einer  
4 von diesen Leuten folgendes: «Die Streiks haben bis jetzt vor allen Dingen nur Nachteile  
5 gebracht, und zwar für die Unternehmer wie für die Arbeiter. Ich will nun nur den jetzigen  
6 Streik der Betonarbeiter anführen. Die Unternehmer müssen sich Arbeiter von auswärts  
7 kommen lassen, natürlich unter allen möglichen Versprechungen. Sie müssen vor allen  
8 Dingen den Streikbrechern den alten Lohn zahlen, dann für Kost und Logis aufkommen, das  
9 macht doch für sie mehr Unkosten aus, als wenn sie den alten Arbeitern die paar Pfennige pro  
10 Tag bewilligt hätten. Für die Streikenden entstehen die Nachteile dadurch, daß sie die  
11 Streikkasse in Anspruch nehmen müssen. Diese zahlt aber nicht den üblichen Lohn, und sie  
12 verfallen dadurch immer mehr in Schulden. Und wenn der Streik beendet ist und die  
13 Streikenden haben tatsächlich ein paar Pfennige mehr herausgeschlagen, so kommen dann die  
14 erhöhten Beiträge an die Streikkasse und dann die Schuldentilgung, und sie haben nach dem  
15 Streik auch nicht mehr wie vorher.»

16 Dazu sagte ein anderer folgendes: «Wenn der Klassenhaß nicht da wäre, dann hätten wir auch  
17 keine Streiks. Aber solange dieser Klassenhaß bestehen wird, werden auch die Streiks immer  
18 wieder kommen, und es wird nicht eher anders, bis das Arbeitervolk sich so viel  
19 emporgearbeitet hat, daß es sich vor den kapitalistischen Ausbeutern nicht mehr beugen  
20 braucht.»

21 Quelle: Szymanski, 25. Mai 1909. Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (Signatur: S 3930).